

Evaluationsstudie zur UEFA EURO 2024: Empfehlungen für die Nachhaltigkeit zukünftiger Sportgroßveranstaltungen



SustainEURO
Evaluation 2024

Prof. Dr. Pamela Wicker (Universität Bielefeld)

Prof. Dr. Christoph Breuer (DSHS Köln)

November 2024

Allgemeine Empfehlungen auf Basis der Evaluationsstudie

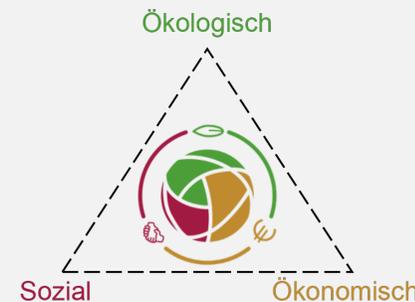
Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

- Gewährleistung eines allgemeinen Sicherheitsgefühls beim Event als zentrale Voraussetzung für soziale Nachhaltigkeit
- Sportförderung: Bestmögliche Unterstützung eigener Athlet*innen und Teams, um über sportlichen Erfolg positive soziale Effekte zu erzielen
- Kontinuierliche Vernetzung von Sportgroßveranstaltungen und Breitensportkonzepten
- Angebot von einem Teil der Tickets zu einem für große Teile der Bevölkerung erschwinglichen Preis
- Nutzung von Side-Events (z.B. Public Viewing, Kulturangebote) zur Unterstützung der sozialen Wirkungen des Hauptevents
- Schaffung vielfältiger Interaktionsmöglichkeiten mit Besucher*innen und Fans aus dem Ausland
- Verbesserung der Barrierefreiheit (Stadt, Stadion, Mobilität)
- Menschenrechte: Umsetzung eines einheitlichen eventübergreifenden Safeguarding-/Awareness-Konzeptes mit übergeordnetem und frühzeitig eingerichtetem Meldemechanismus

- Verbesserung der Klimabilanz durch Reduktion verkehrsbezogener Emissionen, insbesondere durch einen Umstieg von Mittel- und Kurzstreckenflügen sowie PKW auf die Bahn (Fernverkehr)
- Verbesserung der Verfügbarkeit und Attraktivität des ÖPNV und Fernverkehrs, insbesondere aus der Sicht von Fans mit Wohnsitz in Deutschland
- Verstärktes Einfordern der Vorbildfunktion von Nationalmannschaften im Hinblick auf ökologisch nachhaltiges Reisen



- Verfügbarkeit moderner Sportarenen als Voraussetzung für ökonomisch nachhaltige Sportgroßveranstaltungen
- Systematische Sicherung des gewonnenen Organisations- und Managementwissens von und über Sportgroßveranstaltungen
- Ausgestaltung von Verträgen mit mehr Möglichkeiten für regionale und lokale Förderer, so dass die erforderlichen öffentlichen Mittel entsprechend reduziert werden können